

Schwerpunkt: Europäisches Grenzregime

Paolo Cuttitta/Helmut Dietrich/
Bernd Kasparek/Marc Speer/
Vassilis Tsianos

Die Grenze demokratisieren

„Freedom comes first.“ Mogniss Abdallah

Das Schengener Grenzregime erlebt aktuell die schwerste Krise seit seiner Etablierung. Die Konstruktion, die die Aufgabe der Binnengrenzkontrollen im Schengener Raum mit einer gleichzeitig verstärkt zu kontrollierenden Außengrenze verbindet, erweist sich als labil. Über die letzten Monate kam es aus unterschiedlichsten Anlässen zu Konflikten.

In Griechenland herrscht seit Jahren de facto ein migrationspolitischer Ausnahmezustand, mit weitreichenden Folgen für die Asylpolitik innerhalb der EU. Der stärkste Ausdruck dieses Ausnahmezustandes war die erstmalige Intervention der Schnelleingreiftruppen RABIT¹ der europäischen Grenzschutzagentur Frontex. Sie wurden im Oktober 2010 von der griechischen Regierung angefordert, um der irregulären Migration an der Landgrenze mit der Türkei, entlang des Flusses Evros wieder Herr zu werden.

Ein anderer Anlass für eine Irritation des impliziten Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten der Schengenzone waren die revolutionären Erhebungen in Nordafrika. Mit dem Sturz des tunesischen Diktators Ben Ali am 14. Januar 2011 befreite sich nicht nur eine ganze Gesellschaft, auch die europäische Grenze im Mittelmeer hörte für einen Moment auf zu existieren. Die europäische Politik der Grenzziehung im Mittelmeer verlor einige der autokratischen Partner, auf die sie zur Umsetzung dieser Politik angewiesen war. 25.000 Tunesier² nutzten die neue Freiheit, „verbrannten“³ die Grenze und setzten nach Italien über. Dort erhielten sie von der italienischen Regierung Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen. Frankreich reagierte zunächst mit einer kurzfristigen, teilweisen Schließung der Grenze zu Italien, und führte danach wieder Grenzkontrollen ein.⁴ Auch in Deutschland wurde die Wiedereinführung von Grenzkontrollen diskutiert.⁵ Am 1. Juli 2011 führte Dänemark die Grenzkontrollen wieder ein.⁶

1 RABIT: Rapid Border Intervention Team, Verordnung (EG) 863/2007 vom 11.7.2007.

2 Da es sich größtenteils um ein Phänomen männlicher Migration handelt, wird hier bewusst auf eine gender-sensitive Schreibweise verzichtet.

3 Harraga - so heißen in Nordafrika diejenigen, die - wörtlich - [etwas] verbrennen. Gemeint ist: die Grenze oder die Brücke hinter sich verbrennen.

4 Vgl. FAZ vom 8.4.2011: Rom verspricht Tunisiern Aufenthaltsgenehmigungen.

5 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 10.4.2011: Bayern erwägt Grenzkontrollen.

6 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 5.7.2011: Minister ruft deutsche Urlauber zum Boykott auf.

Die Krise Schengens lässt sich nicht denken ohne die Krise des Euro und der europäischen Staatsfinanzen. Das mediterrane Aufbegehren gegen die zunehmende Verarmung und für soziale und politische Rechte hat schon längst Europa erreicht. Der Kairorer Medan al-Tahrir, Symbol des Aufstands in Ägypten, befindet sich heute an der Puerta del Sol in Madrid und auf dem Syntagma-Platz in Athen. Europaweit bildet sich eine Bewegung für „echte“ Demokratie heraus.

Bernd Kasparek, Marc Speer und Vassilis Tsianos haben als Teil des aktivistischen Netzwerkes „welcome to europe“ im Dezember 2010 eine Feldforschung durchgeführt, um die Modalitäten und Praktiken des Kriseninterventionsmechanismus an der griechisch-türkischen Grenze zu recherchieren. Bernd Kasparek war im Mai 2011 an einer Delegation migrationspolitischer AktivistInnen nach Tunesien beteiligt. Neben dem Interesse an der Revolution war auch Ziel der Reise, durch eine direkte transnationale Kooperation die Grenzziehungsprozesse im Mittelmeer aufzuheben.

An diesem Schnittpunkt zwischen Forschung und Aktivismus verortet sich auch das „Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung“, dem bis auf Helmut Dietrich alle Autoren angehören. Das Netzwerk arbeitet daran, eine kritische Migrations- und Grenzforschung zu etablieren. Es knüpft damit auch an die Arbeiten der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM) an, die Helmut Dietrich mitbegründet hat. Die FFM hat sich bereits in den 1990er Jahren mit der flüchtlingsfeindlichen Formierung Europas befasst und die Charakteristika des heutigen Grenzregimes herausgearbeitet.⁷

Vor diesen Hintergründen diskutieren wir in diesem Beitrag die Krise Schengens, den Aufbruch rund ums Mittelmeer und die Perspektiven des neuen Demokratie-Aktivismus. Dabei interessiert uns eine Frage besonders: Bietet die derzeitige Konjunktur eine Möglichkeit, die europäische Grenze zu demokratisieren?

I. Der migrationspolitische Ausnahmezustand und das Ende von Dublin II

Wenn wir über einen migrationspolitischen Ausnahmezustand in Europa sprechen, so betrifft dies nicht nur Griechenland. Die Situation der Flüchtlinge auf Malta und in Italien ist ähnlich katastrophal. Dies hat weitreichende Konsequenzen für das Dublin II-System. Die Dublin II-Verordnung⁸ regelt die Zuständigkeit für ein Asylverfahren nach dem so genannten „Verursacherprinzip“. Es besagt, dass der Mitgliedstaat, der die Einreise eines/einer AsylantragstellerIn „verursacht“ hat (etwa durch Vergabe eines Visums oder aufgrund mangelnder Sicherung der Grenze), das Asylverfahren durchführen muss. Obwohl die Präambel der Verordnung die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten beschwört, ist mittlerweile klar, dass Dublin II auf eine klare Benachteiligung des europäischen Südens gegenüber dem Norden hinausläuft.

Im Januar 2011 stand eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts an, die eine weitgehende Revision des sog. Asylkompromisses von 1993 bedeuten hätte können.⁹ Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte im Fall MSS gg. Griechenland/Belgien eine klare Entscheidung gegen Dublin II gefällt.¹⁰ So musste nun auch die Bundesregierung anerkennen, dass in Griechenland de facto kein Asylsystem besteht und dass die Bedingungen, unter denen

7 <http://www.ffm-berlin.de>.

8 Verordnung (EG) Nr. 343/2003 (Dublin II) vom 18. Februar 2003.

9 Vgl. dazu den Beitrag von Bender in diesem Heft.

10 Vgl. dazu den Beitrag von Pelzer in diesem Heft.

hunderttausende Flüchtlinge ihr Dasein fristen müssen, einer „humanitären Katastrophe“ gleichkommt. Ähnliches gilt für Italien,¹¹ wo viele tausende Flüchtlinge trotz Asylanerkennung auf der Straße leben, und für die kleine Mittelmeerinsel Malta.¹²

Uns erscheint es jedoch nur teilweise richtig, von einer „Überforderung“ der Staaten in der Schengen-Peripherie zu sprechen. Wir argumentieren vielmehr, dass die dortigen „humanitären Katastrophen“ und ihre mediale Instrumentalisierung als ein strategischer Einsatz der jeweiligen Regierungen im Süden zu begreifen sind, um – oftmals auf Kosten der MigrantInnen und Flüchtlinge – den Druck auf die nördlichen Staaten der EU zu erhöhen. Wir erleben also eine Situation der verschärften Konflikte innerhalb der EU, die letztendlich auf eine ökonomische Spaltung zwischen Norden und Süden verweist und in der Migration ein Unterpfand in den Verhandlungen ist. Dies war bisher nur von den Rändern Europas bekannt, wenn etwa der libysche Diktator Muammar Gaddafi drohte, Europa werde „schwarz“ werden, wenn es nicht zu erheblichen Zahlungen im Rahmen einer migrationspolitischen Kooperation komme,¹³ oder wenn die Türkei die Unterzeichnung eines Rückübernahmabkommens für Drittstaatenangehörige seit 2003 verzögert, um Visafreiheit für die eigenen BürgerInnen zu erlangen.¹⁴

Der Widerstand der Staaten im Süden der EU, sich weiterhin dem „Verursacherprinzip“ zu unterwerfen und damit aufgrund ihrer geographischen Position an der Schengengrenze für die europäische Migrationskontrolle verantwortlich zu sein, zeigte sich auch in der Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse an die 25.000 Tunesier durch den italienischen Staat. Denn dass die Regierung Silvio Berlusconis, die bisher durch eine Militarisierung des Migrationsregimes im Mittelmeer, durch das Ignorieren grundlegender, bindender völkerrechtlicher Menschenrechts- und Flüchtlingskonventionen sowie durch rassistische Hetze aufgefallen ist, die Subjektivität der MigrantInnen berücksichtigen würde, kann ausgeschlossen werden. Vielmehr war die Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse eine Möglichkeit, das „Verursacherprinzip“ der Dublin II-Verordnung zu umgehen.

Diese Entscheidung der italienischen Regierung für ein Aufenthaltsrecht der Tunesier resultierte in dem französisch-italienischen „Transit-Grenzkonflikt“, einer nach aktuellem EU-Recht äußerst fragwürdigen Wiedereinführung der Grenzkontrollen im Schengenraum durch die französische Regierung. Dies führte zu erheblichen Irritationen bei der Europäischen Kommission. Eine ähnliche Konflikt-Konstellation zwischen Grenzkontrollen fordernden Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, die als Wächterin der Verträge auf der Personenfreizügigkeit und der Abschaffung von Grenzkontrollen im Schengenraum beharrt, ergab sich schon 2010: Damals fiel die französische Regierung mit einer anti-ziganistischen Kampagne auf, deren Ziel es war, die Bewegungsfreiheit von UnionsbürgerInnen v.a. aus Rumänien zu beschneiden. Diese Kampagne führte ebenfalls zu starken Reaktionen der Europäischen Kommission.¹⁵ Auch die Wiedereinführung der Grenzkontrollen durch die dänische Regierung gehört in die-

11 Vgl. Dominik Bender/Maria Bethke, Zur Situation von Flüchtlingen in Italien, 2011. Online: http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2011/Italienbericht_FINAL_15MAERZ2011.pdf.

12 Vgl. Dominik Bender, Situation von Asylsuchenden auf Malta, Asylmagazin 7-8 2010. Online: http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/beitraege_asylmagazin/Beitraege_AM_2010/AM-2010-7-8-235-Bender-Bethke.pdf.

13 Vgl. BBC vom 31.8.2010: Gaddafi wants EU cash to stop African migrants.

14 Vgl. Hürriyet vom 25.2.2011: Turkey refuses to ink EU readmission deal.

15 Vgl. Zeit vom 14.9.2010: Frankreich steht wegen Roma-Abschiebung Strafverfahren bevor.

II. Grenzregime, Demokratisierung, Ökonomie

Die gegenwärtige, teilweise und bisher nur zeitlich begrenzte Aussetzung des euro-maghrebinischen Grenzregimes im Zuge der arabischen Revolutionen war so unerwartet wie die Revolutionen selber. Ausgehend von der Hoffnung, dass sich die gesellschaftlichen Transformationen in den arabischen Staaten fortsetzen, interessiert uns vor allem die Frage, ob das europäische Migrationsregime überhaupt in der Lage sein wird, neue Kooperationspartner und -formen mit den Anrainerstaaten zu finden, die einer demokratischen Verfasstheit entgegenstreben. Wir gehen zwar grundsätzlich von einer Flexibilität des europäischen Grenz- und Migrationsregimes aus. Allerdings wäre eine Untersuchung lohnend, die der Frage nachgeht, ob die europäische Außengrenze in ihrer jetzigen Form nicht per se der Kooperation mit autokratischen Staaten (Gaddafis Libyen, Ben Alis Tunesien, das Marokko Mohammed VI.) oder eines starken postkolonialen Machtgefälles (zum Beispiel Senegal) bedarf und damit einen anti-demokratischen Kern enthält, der nicht nur gegen rechtsstaatliche Prinzipien verstößt, sondern auch den politischen Ausschluss großer Teile der betroffenen Bevölkerungen in Kauf nimmt.

Doch die Wurzeln der aktuellen Entwicklungen rund um das Mittelmeer sind ebenso in der Krise des Finanzkapitalismus zu sehen, die sich auch auf die EU-Nachbarländer ausgewirkt und den dortigen Protestbewegungen einen Antrieb gegeben hat. Wirtschaftskrisen gehen immer mit einer Umstrukturierung der Grenz- und Migrationsregime einher.¹⁶ Bei keiner der früheren größeren Krisen des Kapitalismus hat es jedoch einen tatsächlichen Migrationsstopp gegeben. Auch die jetzige Krise hat zwar eine Verschärfung der restriktiven Einwanderungsmechanismen und somit eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen von MigrantInnen mit sich gebracht. Die von den europäischen Regierungen getroffenen Maßnahmen bewirken letztendlich und lediglich eine weitere Deregulierung der Arbeitsverhältnisse, eine daraus resultierende Steigerung der geographischen Mobilität der MigrantInnen und somit auch deren soziale Entwurzelung. Schon im letzten Vierteljahrhundert hat Europa den Fall des Ostblocks und die Umbrüche auf dem Balkan der Neunziger Jahre erlebt. Diese Ereignisse – so verschieden sie auch waren – haben jedes Mal zu neuen, oft tief greifenden Veränderungen des europäischen Grenzregimes geführt.

Noch vor 30 Jahren liefen wichtige wirtschaftspolitische Grenzen mitten durch Portugal, Spanien und Italien. Das Alentejo, Andalusien, der Mezzogiorno sowie große Teile Griechenlands wiesen niedrigste Lebensstandards auf. In den 1980er Jahren waren Portugal, Spanien und Griechenland mit den „Süderweiterungen“ in die EG gelangt und haben in den 1990er Jahren erstaunliche wirtschaftspolitische und gesellschaftliche Wandlungen durchmacht. Inzwischen ist der europäische Süden eingemeindet und droht aufs Neue zu verarmen. Nordafrika ist schon längst wirtschaftlich ausgeblutet. Das Einkommensgefälle an der Schengener Südgrenze liegt derzeit bei mehr als 10:1.¹⁷ Diese Kluft ist in historischer wie weltgeographischer Sicht einmalig und fordert zu Aufständen wie zu heim-

16 Vgl. Jan Lucassen/Leo Lucassen, Migration, Migration History, History: Old Paradigms and New Perspectives, Bern/New York 1997.

17 Vgl. die Berichte über das Experten-Kolloquium "Magreb+" in Algier, in: El Watan Economie 4.-10.4.2011.

lichen Grenzüberschreitungen heraus. So ist das Mittelmeer zum größten Massengrab der zeitgenössischen Migration geworden.

Zeitgleich zu den „Süderweiterungen“ begannen die polizeilichen Planungen zur Außengrenze, zur Binnenfreiheit und zur migrations- wie flüchtlingspolitischen Abschottung; daraus entstand das Schengener Regime. Als 1989 das Grenzregime des Warschauer Pakts zerfiel, gab es eine erste Krise im Schengener Prozess. Die Pogrome von Hoyerswerda (1991) und Rostock-Lichtenhagen (1992) waren auch Ausdruck dieses neustaatlichen Formierungsdrucks. Erst die EU-Osterweiterungsrunden haben den Aufenthalt von hunderttausenden MigrantInnen aus Polen, der Tschechischen Republik und weiteren Ländern legalisiert. Die jetzige Krise ist ungleich gravierender. Während sich die EU nach Osten und Südosten fortlaufend ausdehnt, ist die EU-Südgrenze in den letzten Jahrzehnten zementiert worden. Diese Abgrenzung bricht nun mit dem Sturz der Diktaturen weg.

Die aufbrechende Schengener Krise geht mit der Krise des Euro in Südeuropa einher. Man stelle sich nur einmal vor, was passiert, wenn die aktuellen spanischen und griechischen Bewegungen in ein paar Monaten oder Jahren die EU-Wirtschaftsdiktatur abschütteln: Dann würde ein basisbezogenes, soziales Wirtschaften beginnen, wie man es etwa in manchen südamerikanischen Stadtteilen ausprobiert. Die Asambleas in den spanischen Stadtteilen verweisen auf diesen Weg. Die EU-Strukturen würden sich in der Konfrontation von Grund auf wandeln oder untergehen. Es ist nicht vorstellbar, dass bei einem solchen Szenario das polizeilich-militärische EU-Außengrenzregime bestehen kann. Eine Vision wird entstehen: Dass man sich wieder die Hände reichen kann, über das Mittelmeer hinweg, visafrei und in Kooperation. In diesem Sinne macht die heutige Selbsttätigkeit der verarmten Bevölkerungen rund ums Mittelmeer schon jetzt die südliche Grenzziehung der Europäischen Union obsolet.

III. Europa, quo vadis?

Wenn wir aber von der Krise Schengens reden, meinen wir nicht einen Kontroll-Kollaps, wie ihn die Grenzspektakel zwischen Italien und Frankreich, in Griechenland oder auf Malta medienwirksam suggerieren. Wir sehen weniger einen Untergang als vielmehr eine turbulente Umgestaltung des gesamten Systems, welches die Personenmobilität im EU-Gebiet und in der EU-Nachbarschaft kontrolliert. Die Krise Schengens manifestiert sich im unerwarteten Auftauchen einer desintegrativen Dynamik im Prozess der europäischen Integration der Migrations- und Grenzpolitik. Ihr Ausgang ist unklar. Es ist nicht die „nackte“ Kontrolle, die scheitert. Im Gegenteil: Die Desintegration verantwortet eine größere Zahl an Opfern, wie wir in der aktuellen Todesstatistik an den Schengener Meeresgrenzen beobachten. Sie führt zur verstärkten Geiselnahme von „temporären Arbeitsmigranten“ in den libyschen Häfen. Sie findet ihren Niederschlag in der institutionellen Verankerung und Entwicklungskontinuität der proaktiven Dimension der Kontrolle in Form des *migration and border management*. Dies stellt die europäische Vergemeinschaftungspolitik vor neue, große Probleme. Die Delegitimierung von Dublin II, das Scheitern der operativen Entwicklung der Datenbank SIS II¹⁸ und die manipulative Wiedereinführung nationaler Zoll- und Mobilitätskontrollen stehen exemplarisch dafür.

18 Vgl heise newsticker vom 23.4.2010: EU-Innenminister geben grünes Licht für SIS II.

Die arabischen Revolutionen sind allerdings noch im Gange, ihr Verlauf und Endergebnis noch ungewiss. Die Züge, die die neuen politischen Systeme in der arabischen EU-Nachbarschaft annehmen werden, werden auch die Weiterentwicklung des euro-mediterranen Grenzregimes beeinflussen. Doch bereits Anfang April musste die tunesische Übergangsregierung einlenken und Kontrollen an den Küsten wieder herstellen.¹⁹ Zwar werden nicht alle nach dem 5. April in Italien angekommenen undokumentierten TunesierInnen problemlos zurückgeschoben, wie es das bilaterale Abkommen vorsieht, aber in puncto Rückübernahmen hatte sich schließlich auch das Ben Ali-Regime (in den Augen des italienischen Partners) nicht gerade vorbildlich verhalten. Auch die Aussetzung des italienisch-libyschen Abkommens (und der in Libyen laufenden EU-Projekte zu Migration- und Grenzmanagement) soll nur so lange dauern wie der aktuelle Krieg. Die libyschen Rebellenführer haben sich schon längst gegenüber der italienischen Regierung verpflichtet, alle vom Gaddafi-Regime mit der ehemaligen Kolonialmacht unterzeichneten Verträge anzuerkennen und durchzuführen.²⁰ Somit werden die Interessen beider Seiten gewahrt: Dabei geht es nicht nur um Migrationskontrolle, sondern auch um Gasgeschäfte und Kolonialreparationen. Solange der Krieg nicht zu Ende ist, muss man jedoch damit rechnen, dass die Zahl der Bootsflüchtlinge und der Todesopfer im Kanal von Sizilien nicht zurückgehen wird. Während hunderttausende von subsaharischen MigrantInnen in die sichere Armut ihrer Heimatländer aus dem zerbombten Libyen zurück flüchten müssen (worüber in Europa geschwiegen wird), wagen wenige Tausende den Schritt in die unsicheren Mittelmeergewässer (was in Europa zum Anlass für Invasions-Alarmschreie wird – etwa von Seiten rechtspopulistischer Parteien wie der italienischen Lega Nord). Doch gleichzeitig geht das Sterben an Europas Meeresgrenzen weiter.

IV. Rassismus im Europa der Skepsis

Wir beobachten neue Grenzziehungen innerhalb der postkolonialen europäischen Einwanderungsgesellschaften. Diese neuen, modernisierten Formen von Rassismus verweisen nicht nur auf die kulturelle Differenz, auch wenn das noch immer auf diese Weise dargestellt wird. Es ist auch keine religiöse Differenz, die bei der politischen Thematisierung von Burka, Niqab oder Hijab konstruiert wird, sondern eine kriminalisierende Differenz des terroristischen Generalverdachtes, die am Zeichen einer religiösen Differenz einer migrantischen, postnationalen Gruppe festgemacht wird. Auf diese Weise werden ihre relativ unangreifbaren Niederlassungsrechte in Europa in Frage gestellt. Schlechthin geht es um die Reversibilität der neuen Staatsbürgerschaften von MigrantInnen. Denn: Was wir gegenwärtig erleben, ist die staatlich institutionalisierte Möglichkeit, Niederlassungsrechte wieder zu entziehen.²¹ Dies funktioniert mittels eines europaweiten antimuslimischen Rassismus, ähnliche Entwicklungen sind auch auf dem Feld des Antiziganismus zu beobachten. Als prominentestes Beispiel jener Ausprägungen postliberaler Grenzziehungs politiken verweisen wir auf die traurige Geschichte der Ausbürgerung einer der populärsten somalisch-holländi-

19 Vgl. Bundesdrucksache 17/6212 vom 14.6.2011: Migrationspolitik der Europäischen Union gegenüber Tunesien nach dem politischen Umbruch.

20 Vgl. Reuters vom 17.6.2011: Libia, intesa Italia-Cnt su rimpatrio immigrati.

21 Vgl. Werner Schiffauer, Verwaltete Sicherheit-Präventionspolitik und Integration, in: Michael Bommes/Werner Schiffauer (Hrsg.), *Migrationsreport 2006*, Frankfurt am Main 2006, S. 113-164; Werner Schiffauer, Nach dem Islamismus. Frankfurt am Main 2010.

schen PolitikerInnen und „Islamkritikerin“ Hirsi Ali. Ihre niederländische Staatsbürgerschaft – und damit ihren Sitz im Parlament – erkannte man ihr ab, nachdem öffentlich wurde, dass einige narrative Elemente ihres Antrags auf Asyl fiktional waren. Mit der Annulierung ihrer Anerkennung als politischer Flüchtling wurde auch automatisch ihr Anspruch auf die angenommene niederländische Staatsbürgerschaft rückwirkend für ungültig erklärt. Was aus einer souveränistisch-legalistischen Perspektive legitim erscheint, demonstriert in unseren Augen paradigmatisch die Brisanz der postliberalen Situation. Der Eintritt in die Staatsbürgerschaft von Hirsi Ali begann – wie bei unzähligen migrantischen Biographien – mit einer prekären Politik der Zeugenschaft, deren Verrechtlichung exemplarisch für unzählige postnationale, flexible Staatsbürgerschaften ist. Die postliberale Grenzziehung macht die postnationale Entkopplung der Zuordnung eines Körpers zu dem singulären Rechtssubjekt einer Nation rückgängig. Um mit Engin Isin zu sprechen:²² Nicht die konkreten, mühevollen „acts of citizenship“ von Hirsi Ali, ihre gelebte Staatsbürgerschaft, sondern der illegalisierte Eintritt in diese wird zum Anlass der Aberkennung und nachträglichen Sanktion. Auch der Diskurs zur „Integration“ generiert einen effektiven Normierungsapparat, mit dem Legitimität und Recht auf Staatsbürgerschaft angeastet werden können. Denn „Integrationsfähigkeit“ soll messbar sein, und die sich daraus ergebenden Rechte reversibel. Die postmigrantischen Subjekte verbleiben somit auf dem prekären gesellschaftlichen Feld zwischen Assimilation und restriktiver Rückwanderungspolitik. Hier gilt es, die rassistischen Praktiken nicht nur über binäre Differenzierungen und Prozesse der Exklusion zu bestimmen, sondern primär über neuartige Prozesse einer limitierten, reversiblen Inklusion.

Neben dem anti-muslimischen Diskurs ist auch der Topos der Euroskepsis ins Zentrum des rechtspopulistischen Diskursuniversums gerückt. Im Zusammenspiel mit der globalen Finanzkrise liegt darin eine Gefahr: In Europa sind derzeit wieder verstärkt Prozesse der Renationalisierung und der Entdemokratisierung im Gange. Der europaweite Aufstieg des Rechtspopulismus ist in dieser Hinsicht das deutlichste Symptom. Europa ist an einem Scheideweg – die fortgesetzte europäische Integration ist keineswegs selbstverständlich. Das deutlichste Beispiel ist die Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Dänemark, die innenpolitisch ein Zugeständnis an die rechtspopulistische dänische Volkspartei waren. Die Krise Schengens könnte also weniger die Außengrenze, das nach außen gerichtete System der differenziellen Inklusion, hinwegfegen, sondern vielmehr im Inneren zu einer Beschneidung von Rechten, in letzter Instanz auch von UnionsbürgernInnen, führen.

V. Demokratie, Revolution

Doch wir leben in aufregenden Zeiten. Sechs Monate Unruhe und revolutionäres Aufbegehren liegen hinter uns, ein langer Zyklus der Unvorhersehbarkeiten vor uns. Die arabischen Revolutionen erneuern einen Aufbruch rund ums Mittelmeer.²³ Sie verhelfen, am Rande, zu neuen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen. Anders als in Südamerika, dem Kontinent der klassischen Sozialbewegungen der Armen, gab es im repressiven Tunesien oder Ägypten keine linken Macht-

22 Engin F. Isin, Theorizing Acts of Citizenship, in: ders./Greg M. Nielsen, *Acts of Citizenship*. London 2008, S. 15-39.

23 Siehe ausführlicher dazu: Günter Frankenberg, Restlaufzeit für Despoten. Anmerkungen zu den Verfassungsreformen in der arabischen Welt, *Kritische Justiz* Heft 2/2011, S. 124-130.

eroberer, keine NGOs und keine Empowerment-Kampagnen, die das Leben der Armen hätten durchdringen können. Die Revolten kommen direkt aus dem Alltag.

Asef Bayat spricht von „social non-movements“, die sich die Straße und auch die Migrationsmöglichkeiten nach und nach nehmen.²⁴ Die „non-movements“ sind in den letzten Jahrzehnten „leise vorgedrungen“ und haben „passive Netzwerke“ gebildet. Durch ihren informellen Straßenhandel, durch ihre kommunikative Präsenz auf den Plätzen, aber eben auch als Boat-people im Mittelmeer machen sie deutlich, wie machtlos die öffentliche Ordnung geworden ist. Die öffentliche Ordnung in einer tunesischen Kleinstadt wie Sidi Bouzid, die der Ausgangspunkt des Aufstands war, und die regionale Ordnung sind schleichend aus den Fugen geraten. Das städtische Ordnungsamt, das die informellen Händler schikaniert, die Polizisten, die jugendliche Ausreisewillige aufs Geratewohl verhaften und foltern, Militärs, die sich auf ihre Gewehrläufe stützen – sie haben gespürt, dass sie zu Papiertigern werden. Genau dann, wenn der Staat zurückzuschlagen beginnt, verwandeln sich die losen Alltagszusammenhänge der „arabischen Straße“ in Kollektivität. Das ist die Stunde der derzeitigen Aufstände rund ums Mittelmeer.

Die mediterranen Aufstände hatten in den 1970er Jahren mit dem Sturz der griechischen, spanischen und portugiesischen Diktaturen begonnen. Das damalige Projekt der europäischen Sozialdemokratie kanalisierte die Aufstände, ermöglichte eine Integration nach Europa. Doch anders als damals sind es nun die sozialistischen Parteien, die die Austeritätsprogramme gegen die eigene Bevölkerung durchsetzen, in Spanien wie auch in Griechenland. Aber genau dort bildet sich nun eine neue Aufstandsbewegung. Auf den hauptstädtischen Plätzen Puerta del Sol und Syntagma kämpfen die Menschen mit ihrer Präsenz und Entschlossenheit für Freiheit und Würde, die sie in den staatlichen Systemen und in der EU nicht realisiert sehen. EU-Finanzspritzten, IWF-Kredite und die Ankündigung neuer Marshallpläne wirken nicht palliativ, weder in Tunesien noch in Ägypten, und auch nicht in Südeuropa. Und anders als damals sind die heutigen Aufstände wohl nicht mehr durch Parteien, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zu kanalisieren.

Denn längst wurden „alte“ Formen der direkten Demokratie wiederangeeignet. Nach den 48-stündigen Auseinandersetzung um den Syntagma-Platz anlässlich der Verabschiedung des mittelfristigen Wirtschaftsprogramms durch das griechische Parlament Ende Juni 2011 gelang es der Polizei, den Platz durch Anwendung brachialer Gewalt zu räumen. Doch schon Stunden später wurde der Platz zurückerobert, und am Tag danach versammelten sich am Abend Tausende von Menschen. Sie diskutierten, unbeeindruckt von der Polizeigewalt und direkt gegenüber des Parlaments, wie das gemeinsame Projekt der direkten, „echten“ Demokratie zu verwirklichen sei.

Dabei geht es nicht um die Demokratie als Herrschaftssystem. Es geht um Freiheit: sich zu bewegen, sich auszudrücken, sich zu versammeln, sich an den zentralen Orten der Städte zu besprechen. Und es geht um Würde, um Einkommen, um Lebensmöglichkeiten. Der zentrale Slogan der Demonstrationen in Athen handelt von den Forderungen „Brot, Bildung, Freiheit“ und griff damit einen Slogan aus dem Kampf gegen die Militärdiktatur in Griechenland auf. Gleichzeitig wahrte er die kollektive Erinnerung an die Zeit der Unterdrückung, lautet seine zweite Zeile doch, dass die Junta 1973 keineswegs zu einem Ende gekommen sei.

²⁴ Asef Bayat, Life As Politics. How Ordinary People Change the Middle East. Stanford/California 2010.

Der Aufstand in Tunesien hat sich nicht nur gegen das Regime Ben Ali gerichtet, sondern auch gegen das europäische Grenzregime. Denn es verschloss eine der letzten Möglichkeiten, der Diktatur zu entkommen: das Exil, die Auswanderung. So wird die heimliche Migration über das Mittelmeer ebenso zum proklamierten Akt der Freiheit.²⁵

Die Widersprüche zwischen der Migration als Freiheitsakt und dem Diktat der Abschottung verschärfen sich. Diese Spannung macht den Kern der aktuellen Schengener Widersprüche aus. Die transnationale Kommunikation dieser Spannung, die Formen ihrer Subjektivierung, die Sprachen ihrer Adressierung, aber auch die Erfahrung der Kämpfe für echte Demokratie haben etwas Gemeinsames. Sie konstituieren das Begegnungsterrain des demokratischen Aufstands der Prekären mit den Migrationsbewegungen. Auf ihm werden die Kämpfe gegen die Kontrolle des überschüssigen Moments der Mobilität, ihrer Autonomie, ihrer Freiheit ausgetragen.

Étienne Balibar hat sehr überzeugend in seinem Buch „Sind wir Bürger Europas?“²⁶ gezeigt, wie die Einschreibung der Dynamik der transnationalen Migration in die Debatte um die Demokratisierung Europas zu verstehen ist – und zwar in expliziter Distanz zum moralischen bzw. kosmopolitischen Verfassungsnormativismus. Balibar lokalisiert die Herausforderung der Migration für Europa nicht in einer stufenweisen Evolution eines EU-verfassungsrechtlichen Partizipationsautomatismus, sondern verweist darauf, dass die materielle Grundlage einer für ImmigrantInnen offenen „Bürgerschaft in Europa“ – im Gegensatz zu einer „europäischen Staatsbürgerschaft“ – die Aushandlung von Grenzüberträten für Migrationsbewegungen bilde, die ein neues Aufenthaltsrecht schaffe, mit dem Ziel, eine Veränderung des historischen Verhältnisses der Bevölkerung zum Territorium zu finden. Heute die Demokratisierung der Grenze zu fordern, bedeutet zuallererst ihre sofortige Entmilitarisierung bei gleichzeitiger Durchsetzung der Menschenrechte, und zwar by any means necessary!

25 Vgl. Helmut Dietrich, Die tunesische Revolte als Fanal. Kommentar und Chronik (17. Dezember 2010 – 14. Januar 2011), 2011, Online-Zeitschrift Sozial.Geschichte Online 5, S. 164–205. Online: http://du-epublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-26916/09_Dietrich_Maghreb.pdf.

26 Étienne Balibar, Sind wir Bürger Europas?, Hamburg 2003.